

FREIE WÄHLER Bundesvereinigung · Mühlenstraße 1 · 27777 Ganderkesee

BundespressestelleEike Jan Brandau

Vereinigte Volksbank e.G.

BIC: GENODEF1HUD

IBAN: DE81 2806 2249 0132 5000 00

14.09.2018

Jeder fünfte Bundesbürger unterstützt die bürgernahe EU-Politik der FREIE WÄHLER

Berlin. Nach Ergebnissen der jüngsten repräsentativen Umfrage des INSA Meinungsforschungsinstituts können sich 19 Prozent aller Befragten vorstellen bei der kommenden Europawahl die FREIEN WÄHLER zu wählen. Während sich bei den Wählern der SPD und CDU jeder Sechste dies vorstellen könnte, stimmten bei der FDP und der Linkspartei dieser Aussage sogar jeder Dritte zu.

Ulrike Müller, Europaabgeordnete der FREIEN WÄHLER, begrüßt die vorliegenden Ergebnisse: "Diese Zahlen zeigen, dass wir als Partei der Mitte über alle Parteigrenzen hinweg mit unserer unideologischen, bürgernahen Themensetzung anschlussfähig sind. Aus diesem Grund lehne ich auch die geplante Sperrklausel auf europäischer Ebene ab, da diese bestehende Parteistrukturen zementieren und wechselwillige Wähler verunsichern würde. Wenn ich sehe, dass sich jeder sechste CDU Wähler vorstellen könnte sein Kreuz zur Europawahl bei den FREIEN WÄHLERN zu setzen, dann hätte ich als Union auch Sorgen. Eine Sperrklausel, bei welcher sich der Wähler hingegen sorgen muss, ob seine Stimme verfällt, kann diesen Zustand jedoch nicht lösen. Wir brauchen vielmehr einen freien Wettbewerb der Ideen für ein zukunftsfestes Europa. Denn nur so können wir die Menschen für die EU begeistern".

In Anbetracht der schon jetzt verhaltenen Wahlbeteiligung auf Europäischer Ebene engagieren sich die FREIEN WÄHLER gegen eine Sperrklausel, dessen Ziel es ist, bestimmte politische Ansichten aus dem EU-Parlament fernzuhalten.

"Jenseits des Protests überzeugen wir FREIEN WÄHLER durch unideologische Sachpolitik auf europäischer Ebene. Die vorliegende Umfrage zeigt, dass die etablierten Parteien Vertrauen beim Wähler zurückgewinnen müssen, wenn sie mehr Stimmen erreichen wollen. Eine Sperrklausel wäre auch für das Vertrauen der Bürger in die Institution Europa ein fatales Zeichen", so **Müller** weiter.